

1. Heimat bewahren – ländliche Räume stärken – Globalisierung nutzen

Die Globalisierung bindet die Wirtschaftsräume der Erde durch zunehmende Warenströme und eine immer stärkere Vernetzung zusammen. Das hat Wirkungen in der Ferne und in auch in unserer Heimat Lippe. Die Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume – regionale Vielfalt“ hat seit Jahresbeginn intensiv beraten und stellt fest: Deutschland lebt von und in seinen ländlichen Räumen. Die Mehrzahl seiner Unternehmen und etwa die Hälfte seiner Einwohner sorgt hier für Wohlstand und Wachstum für das ganze Land. In Zeiten des demographischen Wandels, angesichts einer abnehmenden und älter werdenden Bevölkerung, stehen gerade die ländlichen Räume vor besonderen Herausforderungen. Junge und aktive Menschen zieht es zunehmend in die vitalen urbanen Zentren. Damit besteht die Gefahr, dass viele Regionen in Deutschland den Anschluss verlieren. Wie wir das verhindern, wie wir den Wandel durch Demographie und Globalisierung zugunsten unserer ländlichen Räume gestalten können, haben wir in einem großen und gemeinsamen Kongress der beiden Koalitionsfraktionen gefragt. Die Zahl von mehr als 500 angemeldeten hochrangigen Gästen macht deutlich: Wir haben mit dem Schwerpunkt „Ländliche Räume“ das richtige Thema in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt. Für Lippe nahm auf meine Einladung hin Dr. Klaus Schafmeister, Wirtschaftsförderung Kreis Lippe, an der Konferenz teil. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Veranstaltung wird die Koalitionsarbeitsgruppe Empfehlungen zur Stärkung der ländlichen Räume vorlegen, deren Umsetzung in der zweiten Jahreshälfte beginnen wird. Dafür, dass hier auch lippische Anliegen Beachtung finden, habe ich mich gern eingesetzt.



Cajus Caesar und Dr. Klaus Schafmeister

2. Fortschritt in der Bundeswehrreform

Mit der Abstimmung über das Gesetz zur Begleitung der Reform der Bundeswehr (Bundeswehrreform-Begleitgesetz) setzten wir vor allem die dienstrechtlichen Regelungen zur Unterstützung der Bundeswehrreform um. Der Gesamtumfang der Streitkräfte soll künftig nur noch 185.000 Soldaten, davon 170.000 Berufs- und Zeitsoldaten und bis zu 15.000 freiwillig Wehrdienstleistende, betragen. Die Zahl der Zivilbeschäftigten soll auf 55.000 reduziert werden.

3. Jugendkriminalität besser bekämpfen

Die Einführung des Warnschussarrests schließt eine Lücke im Jugendstrafrecht. Zukünftig kann der Jugendrichter neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe einen bis zu vierwöchigen Arrest anordnen. Jugendliche Straftäter bekommen so einen Vorgeschmack darauf, was sie im Gefängnis erwartet, wenn sie ihre kriminelle Karriere fortsetzen. Sie gehen im Bewährungsfall also nicht mit einem gefühlten „Freifahrtschein“ nach Hause. Im Arrest eröffnet sich die Möglichkeit, erzieherisch auf sie einzuwirken. Auch kann die Trennung von der Umgebung, die den Jugendlichen negativ beeinflusst, heilsam sein. Zugleich heben wir das Höchstmaß der Jugendstrafe bei Mord für Heranwachsende von zehn auf 15 Jahre an. So sorgen wir dafür, dass dem Ausmaß der Schuld bei besonders schweren Mordverbrechen besser als bisher Rechnung getragen wird. Die christlich-liberale Koalition beschreitet mit diesen Sanktionsmöglichkeiten neue Wege im Kampf gegen die Jugendkriminalität. Wir machen deutlich, dass wir uns mit dem nach wie vor hohen Stand von Gewalttaten Jugendlicher nicht abfinden. Statt mit folgenloser Empörung über brutale Übergriffe Jugendlicher reagieren wir mit klaren Maßnahmen und passen das Instrumentarium und die Sanktionsmöglichkeiten des Jugendstrafrechts den neuen Herausforderungen an.

4. Deutschland ist wiedervereinigt – und hat starke Freunde

Am 12. Juni 1987 rief der 40. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, während seines Besuchs in Berlin folgende historischen Worte über die Mauer hinweg: „Mr. Gorbatschew, tear down this wall“. Zu einer Zeit, als viele Verantwortliche in der SPD den Gedanken an eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, für die unser Bundeskanzler Helmut Kohl stets einstand, als ewig gestrig verleumdeten, erinnerten uns unsere Freunde daran, dass man Unrecht beim Namen nennen kann. Ohne die Vereinigten Staaten von Amerika, die in den vierzig Jahren des kalten Krieges die Freiheit der Bundesrepublik geschützt haben, hätte es keine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit gegeben. Daran erinnern wir mit unserem Antrag zum 25. Jahrestag der Reagan-Rede vor dem Brandenburger Tor. Diese Rede fand übrigens fast auf den Tag genau 34 Jahre nach dem Volksaufstand in Ost-Berlin und der DDR vom 17. Juni 1953 statt – ein stolz machendes Datum in unserer Geschichte. Die SED-Herrschaft konnte damals zwar noch nicht gebrochen werden, aber der Freiheitswille der Menschen war unumkehrbar dokumentiert. Zu Recht begehen wir den 17. Juni daher als Nationalen Gedenktag.

5. Tagespflegepersonen stärken – Qualifikation steigern

Die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP weisen mit einem Antrag auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine professionelle Kindertagespflege hin. Tagesmüttern und –vätern kommt eine wichtige Rolle beim Ausbau der Kindertagesbetreuung zu. Gleichzeitig scheinen viele Interessenten durch wenig attraktive Bedingungen abgeschreckt zu werden. Wir wollen daher unter anderem die Rechte der selbstständigen Tagespflegepersonen als Berufsgruppe gegenüber der örtlichen Jugendhilfe stärken und drängen auf eine leistungsgerechte Vergütung. Regelungsbedarf besteht ebenfalls mit Blick auf die Setzung von Standards, etwa für Qualifizierung oder Hygiene. Bereits vorliegende Vorschriften der EU müssen dabei möglichst unbürokratisch ausgelegt werden.

6. Stärkung der Lehrerbildung

In ihrem Antrag zur Stärkung der Exzellenz in der Lehrerbildung bekräftigen die Fraktionen von CDU/CSU und FDP die Bedeutung der Qualität des Unterrichts. Wir fordern Länder und Bundesregierung dazu auf, einen Qualitätswettbewerb in der Lehrerbildung auf den Weg zu bringen, der besonders herausragende Zukunftskonzepte in diesem Feld prämiert. Teilnehmen können sollen nur die Hochschulen, deren Studienpläne den Standards der Kultusministerkonferenz entsprechen. So soll auch die länderübergreifende Anerkennung von Abschlüssen, und damit eine verbesserte Mobilität von Lehrern, erreicht werden.

7. Deutschlandstipendium schafft neue Stipendienkultur

Seit dem Sommer 2011 werden mit dem Deutschlandstipendium rund 5.400 Studierende aller Nationalitäten gefördert. Das Deutschlandstipendium richtet sich an Studierende mit hervorragenden Leistungen, die ein besonderes gesellschaftliches Engagement und besondere Begabungen aufweisen. Die Vergabe eines Stipendiums ist vom Einkommen der Eltern sowie dem der Studierenden unabhängig. Die Höhe des Stipendiums beläuft sich auf 300 € pro Monat. Der Bund beteiligt sich mit 150 € daran. Weitere 150 € stammen aus dem Engagement privater Partner. Diese werden direkt durch die Hochschule eingeworben, die das Stipendium auch direkt an die Studierenden vergibt und selber auszahlt. Insgesamt haben die Hochschulen im vergangenen Jahr 3,4 Mio. € eingeworben. Deutschlandweit beteiligen sich derzeit mehr als drei Viertel der 388 Hochschulen am Deutschlandstipendium. 47% aller momentanen Stipendiaten sind Frauen (2.500). Eine ausländische Staatsbürgerschaft besaßen 400 aller Stipendiaten (7%). Langfristig sollen mit dem Deutschlandstudium als Leistungsanreiz 8% aller Studierenden gefördert werden. Derzeit wird lediglich 1% der Studierenden gefördert.

8. Ein Jahr Bundesfreiwilligendienst – im Gespräch mit Dr. Rudolf Seiters

Am 1. Juli feiert der Bundesfreiwilligendienst seinen ersten Geburtstag – ein guter Zeitpunkt, die Ergebnisse dieses Programms zu evaluieren und zu bewerten. Im Gespräch mit Dr. Rudolf Seiters, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, hatte ich die Gelegenheit, mich über den Standpunkt eines großen beteiligten Trägers zu informieren. Die Bilanz fällt durchaus positiv aus. „Der Bundesfreiwilligendienst hat einen Achtungserfolg hingelegt“, findet Dr. Seiters. „Das Programm wird so gut angenommen, dass mehr Plätze vergeben werden könnten, als derzeit zur Verfügung stehen. An der Ausstattung kann also noch gearbeitet werden. Hoffnung machen insbesondere die guten Teilnehmerzahlen bei der Kranken- und Altenpflege und dass sich viele junge Menschen während des Freiwilligendienstes für einen späteren Berufseinstieg in diesem Bereich entscheiden. Dies könnte dem Mangel an Pflegekräften entgegenwirken.“ Dass der Start so erfolgreich verlaufen ist, ist zuerst den weit über 35.000 Freiwilligen zu verdanken, die sich seither im Bundesfreiwilligendienst für das Gemeinwohl engagieren. Gleichermäßen gebührt den Einsatzstellen, den Zentralstellen und allen Beteiligten an der Umsetzung des neuen Freiwilligendienstes ein herzliches Dankeschön. Das Bundesfamilienministerium hat hier eine vorbildliche Grundlage geschaffen, die von den Trägern in zumeist hervorragender Weise umgesetzt wird. Nun gilt es, an diesem guten Konzept weiter zu arbeiten.



Cajus Caesar und Dr. Rudolf Seiters

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emiliestraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de